



12.12.2013 | Nr. 666/13

Katja Rathje-Hoffmann: zu TOP 26: Die Landesregierung läuft sehenden Auges in den Pflegenotstand

Es gilt das gesprochene Wort
Sperrfrist Redebeginn

Wir alle wissen, dass die Pflege von kranken und alten Menschen in den letzten 20 Jahren viel anspruchsvoller und komplexer geworden ist. Viel anspruchsvoller bei den fachlichen Anforderungen – und auch der Anspruch der zu Pflegenden und bei deren Angehörigen ist deutlich gestiegen.

Wir alle müssen, angesichts der Entwicklungen in der Altersstruktur unseres Landes, endlich reagieren und tatkräftig handeln. Es ist höchste Zeit, Pflege neu zu denken und zu überdenken!

Wenn wir nicht sehr bald handeln, laufen wir sehenden Auges in den programmierten Pflegenotstand. Experten warnen davor, dass im schlechtesten Fall, wenn wir jetzt nichts tun, wir im Jahr 2030 einen Mangel von Vollzeit-Pflegekräften – je nach Szenario – von mindestens 200.000 bis maximal 500.000 Pflegekräften in Deutschland haben werden. Für uns hier in Schleswig-Holstein heißt das, so die Schätzung der Experten während des 5. Landes-Pflege-Kongresses vor 3 Wochen hier in Kiel, werden etwa 13.000 fehlende Vollzeit-Pflegekräfte für das Jahr 2030 prognostiziert.

Schon in 7 Jahren, also im Jahr 2020 wird allein in der Altenpflege der Bedarf an Fachkräften um 2.000 Vollzeitstellen steigen.

Wir fordern die Landesregierung auf, endlich zu handeln – mit sinnvollen Maßnahmen.

Nicht sinnvoll erscheint uns die geplante Zwangsbeglückung der Schleswig-Holsteinischen Pflegefachkräfte mit einer Pflegekammer und damit verbunden mit unbekannten Pflichtbeiträgen in ungeahnter Höhe. Wir wollen andere Anreize schaffen, Pflegeberufe zu ergreifen, sich zu qualifizieren, sich weiterzuentwickeln und Fachkräfte möglichst lange im Job zu halten.

Wir müssen die Pflegeberufe endlich aufwerten, indem wir die Attraktivität dieser Berufe steigern. Das beginnt mit einer Reform der Pflegeberufsausbildung und dazu brauchen wir ein Pflegeberufegesetz für ein einheitliches Berufsfeld, verbunden mit

einer einheitlichen Grundausbildung.

Darauf basierend soll dann die Spezialisierung zur Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege folgen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Ausbildung attraktiver und beliebter wird und vor allem für die Auszubildenden künftig immer kostenfrei.

Es ist schon paradox, dass wir Diejenigen Schulgeld zahlen lassen, die wir am dringendsten brauchen – das muss endlich aufhören!

Diese Kostenfreiheit haben wir in unserem Haushaltsentwurf auch so dargestellt.

Wir wollen diese Veränderungen der Bundesgesetze und wir tragen auch als Land dazu bei, dass sich künftig mehr Menschen dafür entscheiden, Pflegeberufe zu ergreifen.

Dazu brauchen wir Öffentlichkeitsarbeit für diese wichtigen Berufe und dazu fordern wir alle Beteiligten auf, zusammenzuarbeiten: Leistungserbringer, Kostenträger, die Bundesagentur für Arbeit und das Land Schleswig-Holstein.

Vor gut einem Jahr haben wir bereits an dieser Stelle und auf unsere Anregung hin beschlossen, dass „duale Studium“ in der Pflege in Schleswig-Holstein einzuführen. Denn auch diese Möglichkeit trägt aktiv zur Steigerung der Beliebtheit der Pflegeberufe bei.

Was ist seitdem passiert? Man sieht und hört nichts! Da erwarten wir das Handeln der Landesregierung. Zurzeit behelfen sich Einrichtungen in unserem Land mit Kooperationen mit Trägern aus anderen Bundesländern, die seit Jahren das „duale Pflegestudium“ anbieten. Das kann aber nicht die Lösung sein, Frau Ministerin, sondern die Lösung muss hier im Land gefunden werden. Wir brauchen auch hier endlich die Möglichkeit für ein duales Pflegestudium!

Wir müssen bei der Gewinnung von Pflegekräften und Auszubildenden konkurrenzfähig bleiben - und erstmal werden - und dazu brauchen wir:

- mehr Attraktivität für die Ausbildung in der Pflege,
- endlich das duale Pflegestudium,
- Maßnahmen zur Gewinnung von neuen Zielgruppen für die Pflegeberufe – also auch mehr Männer für die Pflege und eine breite Akzeptanz für die alternde Gesellschaft

Es ist viel zu tun und höchste Zeit für die Pflege!